

Die Verschuldung in Deutschland und die Folgen

von Günter Steffen, Lemwerder

Einführung:

Bund, Länder und Gemeinden sind mittlerweile mit 2,1 Billionen Euro (2054 Milliarden) ohne Berücksichtigung des “Rettungsschirms für den Euro” verschuldet. Die politischen Haushalte ersticken an Zinsschulden. Ich brauche wohl nicht zu erwähnen, dass dadurch die Spielräume für die öffentlichen Aufgaben immer weiter eingeschränkt werden und in nächster Zukunft unlösbar sind. Es ehrt eine Minderheit von Politikern, die sich Sorgen machen. Der größere Anteil der Parteipolitiker in allen Parteien kümmert es nicht besonders. Es wird munter weiter gemacht. Sie schweigen sich aus bei den öffentlichen Ausgaben, die in Hunderte von Millionen jährlich wegen unwirtschaftlichem Verhalten der Bürokratie einfach versickern. Die Sozialleistungen zur Beruhigung fürs Volk werden munter weiter aufgestockt. Eine 80% Verschuldung unseres Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt sprechen eine deutliche Sprache. Da kann es nicht beruhigen, wenn der Bevölkerung gesagt wird, nun greift ja bald die gesetzliche Schuldenbremse! Ich habe erhebliche Zweifel. Nicht dass ich nicht glaube, sie sei Realität. Nein, ich glaube vielmehr, die Schuldenbremse wird von den übermächtigen Sozialpolitikern, die wiedergewählt werden wollen, im wahrsten Sinne des Wortes zeitgerecht ausgebremst.

Fakten der Verschuldungen

Zum Komplex der bisherigen Ausführungen will ich auch die einzelnen Fakten nennen. Nur so wird verständlich, wie katastrophal die Politik - von Rot über Grün bis zu Schwarz/Gelb - mit den Finanzen (Steuern der Bürger) umgegangen ist und auch weiter umgehen wird.

**Zunächst zu den Gesamtschulden in Deutschland. Anm. 3)
Der Bund hat von den 2,1 Billionen Schulden rund 65% Anteil, die Bundesländer 30% und die Städte und Gemeinden rund 5% Anteil. Seit etwa 20 Jahren sind die Zinsaufwendungen derart hoch, dass der Staat neue Schulden macht, um die Zinsen der alten Schulden zu bezahlen. Neben den verschiedenen Bundesregierungen ist auffallend, dass SPD-geführte Landesregierungen besonders "Schulden-Aufnahmefreudig" waren und weiterhin sind. Im ersten Teil meiner Ausführungen erwähnte ich die eingerichtete Schuldenbremse. Das Grundgesetz wurde im Jahre 2009 mit der Aussage vervollständigt, sie soll für den Bund ab 2016 und für die Bundesländer im Jahre 2020 gelten.**

Bis dahin wollen die Politiker sicherstellen, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden. Mit einer Ausnahme: Wenn die Konjunktur es erforderlich macht! Es gehört nicht viel Fantasie dazu, dass dann - wer auch immer regieren wird - nach Mittel und Wegen gesucht wird, um die Schuldenbremse zu lockern oder sogar zu umgehen. Die gegenwärtige Staatsverschuldung -ohne das gewaltige Euro-Rettungspaket- begünstigt bereits in einigen Jahren die Inflation. Man muss kein Prophet sein um zu fürchten, dass eine Währungsreform als Ausweg eines Tages bewusst von der europäischen Politik in Durchführung der Europäischen Zentralbank stattfindet. Der Vorteil wäre dann: Die ungeheuren Staatsverschuldungen wären weitgehend beseitigt.

Um die primäre Finanzsituation des Bundes zu erkennen, braucht man sich nur die harten Beschluss- Zahlen des Bundeshaushalts für 2011 genauer ansehen.

Die Ausgaben betragen 305 Milliarden Euro.

Gegenfinanziert aus Steuermitteln sind lediglich 229

Milliarden Euro. Die Gesamteinnahmen betragen 257

Milliarden Euro, es fehlt also die Deckung von annähernd 50 Milliarden Euro! In dieser Größenordnung hat die

Neuverschuldung für 2011 stattgefunden.

Ausgaben des Bundeshaushalts 2011 Anm.2)

	Milliarden Euro
Arbeit und Soziales	144
Gesundheit	16,2
Familien	6,4
Bildung und Forschung	11,7
Verteidigung	31.1
Verkehr	25
Inneres	5,4
Entwicklungshilfe	6,7
Wirtschaft	6,1
Umwelt	1,6
u.a.	

Da die Gesamtsumme dieser Übersicht bereits die Einnahmen übersteigt, sind die anfallenden Zinsausgaben von 40 Milliarden Euro ohne Neuverschuldung nicht finanzierbar. Dabei sind die gegenwärtigen Zinsen für den Staat sehr niedrig. Steigen diese 2 bis 3% an, sind Zinskosten zukünftig von 80 Milliarden keine Utopie.

Deutschland muss sich aus diesem Strudel freischwimmen. Einnahmen und Ausgaben müssen ins Gleichgewicht gebracht werden. Aber welche Politiker werden diese Botschaft bei unseren Bürgern auch durchsetzen (wollen)?

Deutschland bei der Euro-Rettung

Vor der Einführung des Euro in Deutschland sagte der damalige Bundeskanzler Kohl 1998 im Deutschen Bundestag wortwörtlich:

“Nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedsstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.” Anm.1)

Heute nun ist die Situation folgende: Für alle finanziellen Absicherungen in den Schuldenländern Griechenland, Irland und Portugal steht Deutschland mit einem Prozentanteil von 27% bereit. Anm. 4)

Der Deutsche Bundestag hat die Zustimmung von Bürgschaften bis zu 350 Milliarden Euro gegeben. Anm. 5) Das ist mehr als das Volumen des Bundeshaushalts. Dem Bundesverfassungsgericht ist es zu verdanken, dass diese Garantien nicht merklich mehr überschritten werden dürfen. Aber: Sollten Italien, Spanien und Belgien selbst bald Not leidend werden, dann würde der deutsche Anteil an Unterstützungen auf 40% hochschnellen. Weitergehende Überlegungen sind überflüssig. Zumal dann, wenn Frankreich auch noch aufgrund der erhöhten Zinsbelastungen ins Wanken gerät.

Niemand weiß, wie die Euro-Krise ausgeht. Der deutsche Steuerzahler und unsere nachfolgenden Generationen werden die Suppe in jedem Fall auszulöffeln haben. Fest steht: Die Euro-Währung wird von der Politik nicht aufgegeben. Wenn die Schuldenländer einschl. Deutschland in der Euro-Zone ihre Schulden von annähernd 8 Billionen Euro Anm.5) nicht abbauen - wie soll so etwas wohl stattfinden - dann werden wir alle im Schuldensumpf versinken. Wie dieses Leben der Menschen dann aussehen wird, sollte sich niemand ernsthaft vorstellen.

Es gibt keine ernstzunehmende Partei in Deutschland, die eine Vollbremsung oder grundlegende Änderungen in dieser gegenwärtigen Situation angehen will. Eine Volksbefragung wird es in dieser Lage bei uns in Deutschland schon aus rechtlichen Gründen nicht geben dürfen.

Was wird finanzpolitisch ab 2013 noch möglich sein?

(Eine persönliche Meinung von einem politisch interessierten Zeitgenossen)

Selbst wenn die Euro-Krise einigermaßen in den Griff zu bekommen sein wird, steht folgendes heute fest: Für keine Partei in Deutschland werden neue finanzpolitische Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne unserer Gesellschaft absehbar möglich sein. Politiker, die das Gegenteil behaupten, sind Schwätzer und nun wirklich nicht mehr ernst zu nehmen. Ich gehe persönlich allerdings davon aus, dass die etablierten Parteien sich bis zur Bundestagswahl 2013 durchmogeln und sogar dem Volk auch noch weitere Versprechungen in sozialer Hinsicht machen werden. Redlich ist das schon lange nicht mehr. Meine Meinung ist: Fehlende politische Bildung und fehlende Kenntnisse im Zusammenhang der politisch/finanziellen Verhältnisse in der breiten Bevölkerung sind der Grund dafür, dass die Politik im Augenblick dem Volk weiterhin nicht die Wahrheit sagen braucht. Auch die Medien haben kein Interesse, sich mit der Politik diesbezüglich zu entzweien-eine Hand wäscht bekanntlich

Welche Parteienkonstellationen auch immer zukünftige Bundesregierungen bilden werden, die dann in der Höhe vorhandenen 1,7 Billionen Euro Schulden für den Bund , selbst wenn die von Deutschland darüber hinaus zugesagten Garantien im Rahmen der Euro-Rettung nicht zur Auszahlung fällig wurden, werden Einschnitte im Bundeshaushalt notwendig. Sachkenner gehen davon aus, dass ab 2013 eine Große Koalition regieren wird. Die Entwicklung der beiden größten Parteien zeigen heute bereits, dass die SPD weiter nach links sich einordnet und die CDU/CSU sozialdemokratische Annäherungen in einigen

Parteiziele vorantreibt. Warum, wird von Frau Dr. Angela Merkel als Parteivorsitzende gegenwärtig (noch) unbeantwortet gelassen. Niemand in der Parteihierarchie hinter Frau Merkel würde diese Tatsache offen bestätigen. (Mit Ausnahme vielleicht von Norbert Röttgen). Der Etat für Arbeit und Soziales wird sicherlich in den nächsten 4 Jahren nicht angetastet. Dafür werden die vielen Aufgaben, die im Bundeshaushalt nicht unbedingt verpflichtende (gesetzliche) Ausgaben sind, ganz oder teilweise gestrichen. Hier werden gravierende Kürzungen wegen der Reduzierungen von Verschuldungen vorgenommen werden müssen. Ich überlasse es meinen Lesern, in welcher Größenordnung es sein wird. Meine Vermutung ist, gemessen an den Positionen des gegenwärtigen Bundeshaushalts werden ab 2014 rund 10 bis 15 Milliarden Euro (ohne Arbeits- und Soziales) jährlich eingespart und gleichzeitig 30 Milliarden Euro an "Reichensteuern" eingetrieben, damit Neuverschuldungen spätestens ab 2016 erheblich reduziert aufgenommen werden müssen. Der Ausbau für Energie u. Bildung wird trotzdem haushaltspolitisch Kopfzerbrechen bereiten. Die Belastungen für Arbeitnehmer und Rentner werden bei den Abgaben für Kranken- und Pflegeversicherung unwesentlich erhöht werden müssen, da auf breiter Ebene ein Mindestlohn von 9 bis 10 Euro/Std in allen Branchen gesetzlich festgelegt wird. Die negativen Wirkungen in der Deutschen Wirtschaft werden sich sicher für kleine und mittlere Unternehmen zeigen. Die Beitrags- und Leistungsungerechtigkeiten (Zwei-Klassenmedizin) werden sich nicht ändern. Auch eine „sozialistisch angehauchte“ Regierung wird die Ungerechtigkeiten in der Pflege nicht verändern. Es bleibt auch da bei einer „Teilkaskoabsicherung“, wie sie heute bereits besteht. Die hohen notwendigen Energie-Investitionen werden die Bürger über ihre Energierechnungen sicher zu einem großen Anteil zu zahlen haben. Selbstverständlich wird die dann regierende Politik die PKW-Maut einführen und das

Betreuungsgeld für Familien, die ihr Kind nicht in der Krippe betreuen lassen, wieder streichen. Ich denke, so falsch werde ich nicht liegen, denn die CSU wird sich mit ihrem politischen Anliegen auf Bayern zurückziehen, zumal in Brüssel irgendwann die Finanz- und Wirtschaftspolitik vorgegeben wird. Die FDP wird mehr oder weniger eine Kommunalpartei sein, die sich mit den chaotischen Parteigruppen dieser Gesellschaft auseinandersetzen muss. Es braucht natürlich alles nicht eintreten. Allerdings spricht viel dafür, zumal einiges sich schon abzeichnet. Vor allem: Unterschätzen wir Angela Merkel und die linkslastige SPD nicht. Die Machtgier wird siegen. Der Proporz wird in Deutschland zunehmen und die nicht notwendige Abgeordnetenzahl in Bund und Ländern wird sich nicht verringern. Ach ja, glaubt Jemand daran, dass im gleichen Zuge wie die Ausgabenreduzierungen im Bundeshaushalt auch die Abgeordnetendiäten sinken?

Lemwerder, im November 2011

www.guenter-steffen.de

Quellen-Anmerkungen 1) Deutscher Bundestag, Anm. 2) Bundesregierung.de Anm. 3) Bundesbank.de Anm. 4) Europäische Union 5) Redeker von Morgan-Stanley